UID
FAKTEN UND ARGUMENTE
Nummer 28
29. August 2005
www.cdu.de

Foto: Chaperon

„Entscheidung für Deutschland“

„Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Deutschland steht wie 1949 vor einer entscheidenden Weichenstellung. 1949 ging es um den Aufbau unseres Landes. 2005 geht es um die Erneuerung unseres Landes. Die Entscheidung für Deutschland liegt auf der Hand: Entweder Weiter so mit Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün, oder ein neuer Anfang für Deutschland mit der Union“, erklärte Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel die bevorstehende Wahl unter dem Jubel der Parteitagsdelegierten und den 10.000 zusätzlich geladenen Gästen in der bis auf den letzten Platz gefüllten Dortmunder Westfalenhalle zu einer ▶

INHALT

teAM Zukunft:
Heißer Wettstreit um die meisten Unterstützer
Seite 4

SommercAMp in Geseke:
Kraftvolles Signal für den Wechsel
Seite 5

HEUTE AKTUELL

■ „Entscheidung für Deutschland" – 19. CDU-Parteitag in Dortmund (Seite 1-4) ■ Beitritt der Türkei zur EU: Brief von Angela Merkel und Edmund Stoiber an die konservativen Ministerpräsidenten der EU (Seite 6-7) ■ Peter Götz: Neuwahlen als Chance (Seite 8-9) ■ Nicolas Zimmer: Jetzt wächst zusammen, was für Wowereit zusammengehört (Seite 9-10) ■ Infokasten: Atlas mit Daten zur Bundestagswahl im Internet (Seite 10) ■ Maria Eichhorn: Bundesregierung verspielt Perspektiven junger Menschen (Seite 11-12) ■ Dagmar Wöhrl: Ohne Wechsel kein Wachstum (Seite 12) ■ Ronald Pofalla: Clements neueste Mogelpackung (Seite 12-13) ■ Michael Meister: 2005: Vierter Verstoß gegen Maastricht (Seite 13)

▶ Richtungswahl größter Bedeutung. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands forderte alle Parteimitglieder auf, bis zum Wahlsonntag um 18.00 Uhr um jede Stimme zu kämpfen. Die Umfragen seien zwar gut, aber die „Sache ist noch nicht gelaufen", sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende und rief die Partei auf sich weiter mit voller Kraft für den Wechsel zu engagieren. Dann gewinne nicht nur die Union, sondern ganz Deutschland. „CDU, CSU und FDP treten an, um eine Koalition der Erneuerung zu bilden", erklärte die Kanzlerkandidatin. Gemeinsam wollten sie ein Bündnis der Erneuerung bilden, um Deutschland aus seiner tiefen Krise zu führen. Ein „Weiter so" dürfe es nicht geben, bekräftigte Merkel. Die Union wolle es „grundlegend anders machen, damit es grundlegend besser wird in unserem Land".

Die Union stehe für den Mut und die Kraft zur Auseinandersetzung über die Ziele politischen Handelns, erklärte Angela Merkel. Das heiße auch, Widerstände

Foto: Chaperon

Angela Merkel bei ihrer Parteitagsrede.

auszuhalten. In diesem Zusammenhang erinnerte sie an Konrad Adenauer, der die Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft durchgesetzt habe und an Helmut Kohl, der gegen den Widerstand der damaligen SPD-Ministerpräsidenten Schröder und Lafontaine den Weg zur Wiedervereinigung geebnet habe. Heute kämpfe die Union darum eine Aufbruchstimmung zu schaffen, damit Deutschland wieder ein Land der Chancen für alle werde.

Deshalb werde sich die Union auch nicht damit abfinden, dass Deutschland beim Wachstum Schlusslicht in Europa ist und dass überall auf der Welt neue Arbeits-

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

plätze entstehen – nur nicht bei uns. Nötig seien „zweite Gründerjahre“, in denen unser Ideenreichtum und unsere Kraft, Hindernisse zu überwinden, wieder voll zum Tragen kommen könnten. Deutschland sei nicht zum Stillstand verurteilt, betonte Merkel. Schließlich gebe es hier zu Lande ein mindestens ebenso großes Potenzial an Begabungen und ebenso viel gesunden Menschenverstand wie anderswo. Damit die Menschen ihre Chancen wieder nutzen könnten, brauche Deutschland aber einen neuen Anfang mit der Union.

Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Volker Kauder die Partei auf die heiße Wahlkampfphase eingestimmt. „Wir werden Deutschland wieder an die Spitze bringen“, rief Kauder in die in orange getauchte Westfalenhalle. Volker Kauder, der von den Delegierten mit der überwältigenden Mehrheit von 97,8 Prozent in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt wurde, warf der rot-grünen Koalition vor, Deutschland in eine tiefe Krise geführt zu haben. Um sie abzulösen und das Land wieder nach oben zu bringen, müsse aber noch hart gekämpft werden. „Wir können es schaffen“, zeigte sich Kauder überzeugt. Die Union werde in Nord und Süd, in Ost und West für Merkel kämpfen, versicherte er der Parteivorsitzenden unter Beifall: „Wir stehen an deiner Seite!“ Der Generalsekretär zeigte sich zuversichtlich, dass die Union aus der Bundestagswahl als Sieger hervorgehe. „Unser Wahlkampf läuft auf Hochtouren“, erklärte Kauder. Die Kandidatinnen und Kandidaten kämpften vor Ort um jede Stimme. Ausdrücklich dankte er den rund 19.000 freiwilligen Unterstützern, die sich im teAM Zukunft von Kanzlerkandidatin Angela Merkel engagierten. Sie sind „Deutschlands Zukunft“, rief er den Wahlkampf-Helfern zu. Schröder absolviere seine Abschiedstour durch Deutschland und es werde deutlich, dass er dem Land keine Perspektive mehr geben könne. Daran ändere auch die Aufstockung des SPD-Wahlkampfetats nichts.

Volker Kauder nach seiner Wahl.

Die Menschen wüssten, erklärte Kauder, dass „in der Verpackung nichts mehr drin“ sei. Deutschland brauche deshalb den Wechsel. Die Menschen sehnten sich geradezu nach einer Regierung, der sie vertrauen könnten. „Sie sehnen sich nach einem Menschen mit einem klaren Kompass. Dafür steht Angela Merkel“, sagte der Generalsekretär in den Jubel der Unionsanhänger. CDU und CSU kämpften geschlossen dafür, dass es nach dem 18. September wieder aufwärts gehe.

11.000 Gäste in der vollbesetzten Dortmunder Westfalenhalle sorgten für Stimmung.

Edmund Stoiber

In seinem Grußwort appellierte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber an die Wählerinnen und Wähler, sich bei der Bundestagswahl am 18. September nicht „linken" zu lassen. „Wenn es sich rechnet, werden die Linken in der SPD auf Rot-Rot-Grün setzen", sagte der CSU-Vorsitzende. Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und früher schon Sachsen-Anhalt hätten gezeigt: Wenn es um die Macht gehe, schrecke die SPD davor nicht zurück. Wowereit warte nur auf seine Chance. Dabei wäre Rot-Rot-Grün eine Katastrophe für Deutschland. „Ich warne vor der Wahl dieser Populisten". Auf Gysi sei kein Verlass. Nach nur sieben Monaten sei er aus dem Amt des Berliner Wirtschaftssenators geflohen. Lafontaine habe nicht einmal ein halbes Jahr als Finanzminister ausgehalten, erklärte Stoiber. Er habe von einem Tag auf den anderen hingeschmissen und damit bewiesen, dass er weder über „Verantwortungsbewusstsein noch über Pflichtgefühl" verfüge. Außerdem verwies der CSU-Chef auf die verheerende Bilanz von Rot-Grün: Massenarbeitslosigkeit statt gesellschaftlicher Teilhabe und Armut statt sozialer Balance. Die Zeche zahle in jedem Fall der kleine Mann. So sei Deutschland unter Schröder ärmer und kälter geworden. Deswegen hätten gerade in Nordrhein-Westfalen Gewerkschafter und Arbeiter nicht mehr die SPD, sondern Jürgen Rüttgers gewählt. Sie hätten verstanden, dass die Union ihre Interessen am besten vertrete.

Foto: Chaperon

HEISSER WETTSTREIT UM DIE MEISTEN UNTERSTÜTZER

19.271 Unterstützer zwischen Aachen und Zwickau haben sich bisher (Stand 29.8.) im teAM Zukunft angemeldet – das ist ein starkes Signal für den Wechsel in Deutschland und einen politischen Neuanfang mit Angela Merkel bei der kommenden Bundestagswahl. Und täglich werden es mehr! Der Wahlkreis 123, Recklinghausen II, in dem sich Jochen Borchert um ein Direktmandat bewirbt, hat derzeit deutschlandweit die meisten Unterstützer geworben – 615 Mitglieder zählt das teAM Borchert. Dicht gefolgt jedoch vom Wahlkreis 80 (Berlin Steglitz – Zehlendorf) von Karl-Georg-Wellmann mit 582 Unterstützern und dem teAM von Wolfgang Bosbach aus dem Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis, dem sich bereits 528 Freiwillige angeschlossen haben.

Kraftvolles Signal für den Wechsel

Bereits 24 Stunden vor dem Parteitag in Dortmund hat die Junge Union Deutschlands den eindrucksvollen Beweis geliefert, dass der Parteinachwuchs in den „Startlöchern" steht.

Die Vorsitzende und „ihre" Unterstützer.

Im „SommercAMp 2005" im westfälischen Geseke nutzten die über 500 Teilnehmer die Möglichkeit, in drei Workshops praktische Erfahrungen für den Wahlkampf zu sammeln. Der Workshop „PR und Öffentlichkeitsarbeit" präsentierte die Marketingstrategie der CDU, die Projektgruppe „Wählerdialog" stellte die Wahlkampfkommunikation in den Mittelpunkt und im Workshop „teAM Zukunft" wurde die erfolgreiche Unterstützerkampagne der Union vorgestellt.

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Philipp Mißfelder, lobte seine wahlkämpfenden Mitstreiter: „Diese Veranstaltung und die gesamte Arbeit der Jungen Union sind ein Riesenerfolg und beweisen, dass es der Union wie keiner anderen Partei gelingt, die jungen Leute zu mobilisieren und für Politik zu begeistern!" Generalsekretär Volker Kauder, der von den Parteitagsvorbereitungen aus Dortmund kam, dankte der Jungen Union für ihr Engagement. „Ihr seid die junge Generation, die Verantwortung übernehmen will und Angela Merkel hervorragend unterstützt. Rot-Grün hat das Land in eine tiefe Krise gestürzt und den Menschen das Vertrauen in die Politik genommen. Wir haben eine hervorragende Mannschaft und werden am 18. September den Neuanfang für unser Land schaffen, für eine bessere Zukunft in Deutschland", so Generalsekretär Volker Kauder.

Höhepunkt des Tages war der Auftritt von Kanzlerkandidatin Angela Merkel. Sie bekräftige, dass es sich am 18. September um eine Richtungsentscheidung für Deutschland handelt. „Es geht dabei um die Zukunft aller Menschen, vor allem aber um die Zukunft der jungen Leute. Denn sie müssen die unmoralische Schuldenpolitik von Rot-Grün ausbaden", erklärte Merkel. Es gehe darum, den jungen Leuten eine Perspektive zu geben, „denn auch heute wissen 175.000 junge Leute noch nicht, ob sie einen Ausbildungsplatz bekommen", so die Kanzlerkandidatin. Rot-Grün habe eine verheerende Bilanz – viele Versprechen wurden gebrochen. Die CDU geht einen neuen Weg: „Wir sind ehrlich zu den Menschen, denn wir sagen vor der Wahl, was wir nach der Wahl tun werden. Lasst uns rausgehen und gemeinsam für die Zukunft Deutschlands kämpfen", lautete der Appell der Parteivorsitzenden.

Christlich Demokratische Union Deutschlands
Die Vorsitzende
Dr. Angela Merkel

Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 030 22070-120
Telefax: 030 22070-125
E-Mail: angela.merkel@cdu.de
Internet: www.cdu.de

Christlich-Soziale Union in Bayern
Der Vorsitzende
Dr. Edmund Stoiber

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon: 089 1243-215
Telefax: 089 1243-216
E-Mail: edmund.stoiber@csu-bayern.de
Internet: www.csu.de

Herrn Premierminister Dominique de Villepin, Frankreich
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kostas Karamanlis, Griechenland
Herrn Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, Italien
Herrn Ministerpräsidenten Aigars Kalvītis, Lettland
Herrn Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker, Luxemburg
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Lawrence Gonzi, Malta
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jan Peter Balkenende, Niederlande
Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Österreich
Herrn Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda, Slowakische Republik
Herrn Ministerpräsidenten Janez Janša, Slowenien
Herrn Außenminister Cyril Svoboda, Tschechische Republik

Nachrichtlich:
Herrn Präsidenten des Europäischen Rates, Premierminister Tony Blair
Herrn Präsidenten der Europäischen Kommission, Dr. José Manuel Durão Barroso

Berlin/München, im August 2005

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Europäische Rat hat die Kommission auf seiner Tagung am 16./17. Dezember 2004 aufgefordert, einen Vorschlag für einen Verhandlungsrahmen mit der Türkei zu unterbreiten und den Rat ersucht, sich über diesen Verhandlungsrahmen zu verständigen, damit die Verhandlungen am 3. Oktober 2005 aufgenommen werden können. Der von der Kommission vorgelegte Entwurf sieht bislang den Beitritt der Türkei als alleiniges Verhandlungsziel vor.

Der Rat hat sich in seiner letzten Tagung am 18. Juli 2005 nicht auf diesen Rahmen einigen können, sondern beschlossen, die Beratungen beim informellen Treffen der Außenminister

am 1./2. September 2005 in Celtic Manor fortzusetzen. Im Vorfeld hierzu ist der Ausschuss der Ständigen Vertreter für den 31. August 2005 bereits zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden. Dies gibt Anlass, Ihnen unsere Überlegungen hierzu darzulegen, von denen wir wissen, dass sie von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung wie auch von der Bevölkerung anderer Mitgliedstaaten geteilt werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordern und den europäischen Integrationsprozess gefährden würde. Auch sollten wir bedenken, dass die Zukunft der Europäischen Union auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Die fortdauernde Weigerung der Türkei, mit der Republik Zypern einen Mitgliedstaat überhaupt völkerrechtlich anzuerkennen, ist eine starke Belastung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben in dieser Frage ihrerseits bislang ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft dadurch gezeigt, dass sie die völkerrechtswidrige Besetzung des nördlichen Hoheitsgebiets der Republik Zypern durch türkische Truppen bisher stillschweigend als Stolperstein übergangen haben. Auch bestehen in der Türkei noch immer erhebliche Probleme bei der Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte sowie bei der Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Gleichwohl besteht auch aus unserer Sicht ein großes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und an einer engeren Anbindung der Türkei an die Europäische Union. Dieses Ziel kann unserer Auffassung nach auf dem Weg einer Privilegierten Partnerschaft am besten erreicht werden. Innerhalb dieser Partnerschaft können wir die demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir verteidigungs- und sicherheitspolitisch ohnehin im Rahmen der NATO freundschaftlich verbunden sind, nach Kräften fördern.

Zu bedenken ist schließlich, dass Verhandlungen mit der Türkei, die allein eine Vollmitgliedschaft zum Ziel haben, die angestrebte enge Anbindung der Türkei an die EU erschweren könnten. Sollte sich nämlich im Verlaufe der Verhandlungen zeigen, dass die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft seitens der EU oder der Türkei nicht gegeben sind, würde es an einer realistischen Alternative fehlen. Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, dass die Ratifizierung des Beitritts der Türkei in einigen Mitgliedstaaten einer vorherigen Volksbefragung bedarf, die angesichts der Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gerade zu diesem Thema erneut größere Probleme aufwerfen würden. Beides würde schwerwiegende Konsequenzen für das künftige Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union nach sich ziehen.

Aus diesem Grund möchten wir Sie bitten klarzustellen, dass der Verhandlungsrahmen auch die Perspektive einer Privilegierten Partnerschaft mit der Türkei umfasst.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Dr. Edmund Stoiber

Peter Götz

Neuwahlen als Chance

Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen und die Klagen gegen die Entscheidung des Bundespräsidenten abgewiesen.

Durch die nun bestätigten vorgezogenen Neuwahlen werden die Chancen erhöht, dass mit einer unionsgeführten Koalition im Bundestag die Weichen endlich wieder auf Arbeit und Wachstum gestellt werden können.

Die positiven Auswirkungen einer auf diese Primärziele ausgerichteten Politik würden in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ebenso zum Tragen kommen wie in Bund und Ländern. Schließlich lebt Sozialpolitik auch auf der kommunalen Ebene davon, Rahmenbedingungen zu setzen, die aus Empfängern sozialer Transferleistungen Geber dergleichen macht.

Die Ziele der Union liegen offen und ehrlich auf dem Tisch. Für die Kommunen bedeuten sie beispielsweise:

1. Durchsetzung des längst überfälligen Konnexitätsprinzips. Dies wird über die Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene im Zuge

Peter Götz

der Umsetzung der von der rot-grünen Bundesregierung bisher verhinderten Föderalismusreform erreicht.

2. Öffnung der Optionsklausel zur Verbesserung der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Die Begrenzung auf 69 Kommunen wird aufgehoben. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt erhalten die Möglichkeit, die Trägerschaft für das Arbeitslosengeld II selbst in die Hand zu nehmen und einen wichtigen Beitrag für eine Optimierung der Arbeitsvermittlung vor Ort zu leisten.

3. Entlastung der kommunalen Arbeitgeber durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur strukturellen Entlastung der kommunalen Verwaltungshaushalte.

4. Vereinfachung des Steuerrechts. Durch das Schließen von Steuerschlupflöchern, den Abbau von Steuersparmodellen – insbesondere den lukrativen Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei Fondsmodellen – und das Abschaffen von Sonderregeln im unternehmerischen Bereich profitieren auch die Kommunen.

5. Mitsprache der Kommunen bei der Umsetzung einer Gemeindefinanzreform zur Einnahmenverstetigung. Die Gewerbesteuer bleibt solange erhalten, bis eine gemeinsame Lösung zur Überwindung der kommunalen Finanzkrise und zur Wiederherstellung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten erreicht ist. Dies ist angesichts des Investitionsrückstands in die örtliche Infrastruktur dringend notwendig.

6. Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Mobilität als Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung vor Ort.

7. Deregulierung und Standardabbau. Unser Ziel ist, den Kommunen Handlungsspielräume zurückzugeben und Bürokratie abzubauen. Dies kommt insbesondere bei der Vereinfachung von Planungen und Verkürzung von Planungszeiten für den Bau wichtiger Infrastrukturmaßnahmen zum Tragen.

8. Unterstützung der Integrationsbemühungen durch eine klare Begrenzung der Zuwanderung auf Mangelberufe und das konsequente Einfordern von Teilnahme an Integrationskursen. Dies ist ein nachhaltiger Beitrag zur Überwindung selbst gewählter Abgrenzung der Zuwanderer, Ghettobildung und der Entwicklung von Parallelgesellschaften vor Ort.

CDU und CSU wollen starke leistungsfähige Städte und Gemeinden, die in der Lage sind, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen und wieder in die Infrastruktur des Standorts Deutschland investieren können. CDU und CSU wollen, dass kommunale Selbstverwaltung endlich wieder stattfindet.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nicolas Zimmer

Jetzt wächst zusammen, was für Wowereit zusammengehört

Man braucht nicht viel Vorstellungskraft, um sich auszumalen, was der ehemalige Bundeskanzler, Regierende Bürgermeister und SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, seinem politischen Enkel Wowereit zu sagen hätte, wenn er das unwürdige Spiel mit ansehen müsste, dass sein Nachfolger seit Jahren in Berlin treibt und nun auch noch auf Bundesebene fortführen will.

Nicolas Zimmer

Wowereit hat mit der Unterschrift unter den Koalitionsvertrag mit der PDS die Büchse der Pandora geöffnet. Er hat alle Bitten, Mahnungen und Warnungen in den Wind geschlagen und um der Macht willen in ein Bündnis mit den Erben der SED eingewilligt. Er hat damit nicht nur die Bande aller Demokraten gebrochen, sondern auch die Geschichte seiner Partei mit einem Fingerschnipp besiegelt. Besser müsste man sagen: besudelt.

Wowereit hat den direkten Erben der SED-Diktatur Tür und Tor geöffnet. Sie, die über Jahrzehnte 16 Millionen Menschen bespitzelt, verraten, verkauft, abgeurteilt und tagtäglich drangsaliert haben, sitzen in Berlin, der Stadt, die wie keine andere die Teilung erlebt, ertragen und friedlich überwunden hat, wieder an den Hebeln der politischen Verantwortung. Wowereit ist der Steigbügelhalter einer Partei, die ihren Namen auch noch so oft wechseln kann – den Geruch von Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen, dem Befehl zur gezielten Tötung von Menschen und nicht zuletzt der Verarmung breiter Schichten wird sie nicht mehr los.

Bündnis der Vergangenheit

Doch damit nicht genug: Wowereit erkennt durch die Möglichkeit vorgezogener Bundestagswahlen den Spalt, der sich aufgetan hat, um das Projekt Rot-Rot auf ganz Deutschland auszudehnen. Gemeinsam mit den Politik-Versagern und Populisten Gysi und Lafontaine strebt er ein Bündnis an, das Deutschland in eine Zukunft führen würde, die schon Vergangenheit ist. Die Linkspartei spielt mit der Angst der Menschen vor Arbeitslosigkeit und Sozialabbau und gibt Wahlversprechungen ab, die nicht eingehalten und finanziert werden können. Unzählige Leistungsträger und Investoren würden das Land verlassen und die ohnehin schon niedrigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder auf einen katastrophalen Tiefststand absinken lassen. Eine massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen wäre die Folge. Allein im Programm der Linkspartei.PDS klafft nach Expertenrechnung eine Lücke von 100 Mrd. Euro ohne Gegenfinanzierung.

Wowereits Vorgehen ist scham- und skrupellos, unverantwortlich und aus reiner Machtgier gesteuert. Der SPD-Vorsitzende Müntefering und der auf Abruf amtierende Bundeskanzler Schröder haben die Macht über ihre Bataillone längst verloren. Schon bröckelt die Front der Gegner eines Bündnisses mit der Linkspartei innerhalb der SPD.

Dazu darf es jedoch nicht kommen. In Berlin erleben die Menschen hautnah, was es heißt, die Schuldenspirale rotieren zu lassen, jedoch gleichzeitig von Sparerfolgen zu sprechen. Dies ist Politik ohne Verantwortung. Eben Politik à la Wowereit, Lafontaine und Gysi. Politik, für die in Deutschland und Berlin kein Platz mehr ist.

Es ist Zeit, Deutschlands und Berlins Chancen endlich wieder zu nutzen. Es ist Zeit für einen Wechsel in Berlin – und das in doppelter Hinsicht.

Nicolas Zimmer ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

ATLAS MIT DATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL IM INTERNET

Einen Atlas mit Daten zur Bundestagsneuwahl hält der Bundeswahlleiter im Internet bereit.

Mit dem vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden entwickelten Online-Atlas werden ausgewählte statistische Themen als interaktive Karten des Wahlgebiets mit den 299 Wahlkreisen für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages angeboten. Dazu gehören unter anderem Strukturdaten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sowie zu Verkehr und zu Bildung. Anhand dieser Karten können räumliche Muster zwischen Nord und Süd, Ost und West oder Stadt und Land anschaulich dargestellt werden. Darüber hinaus zeigt der Online-Atlas die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 an.

Sobald das vorläufige Endergebnis der Bundestagwahl vom 18. September vorliegt, sollen die Wahlergebnisse sowie Übersichten mit Gewinnen und Verlusten im Atlas dargestellt werden.

Der Online-Atlas funktioniert den Angaben zufolge mit Windows-, Macintosh- und Linux-Systemen. Zur Nutzung ist eine kostenfreie Zusatzsoftware erforderlich (SVG-Plugin), die im Internet heruntergeladen werden kann.

Bundesregierung verspielt Perspektiven junger Menschen

Die Rahmenbedingungen für die nachwachsende Generation sind so schlecht wie nie zuvor: 1,4 Billionen Euro Schulden, ein Haushaltsloch von 50 Milliarden Euro Schulden, fehlende Ausbildungsplätze, dramatische Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit und eine wachsende Armut für Kinder und Jugendliche.

Jugendliche sind leistungsbereit, offen für neue Ideen, motiviert und kreativ, aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Diese hat Rot-Grün systematisch mit seiner verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie einer steigenden Staatsverschuldung verspielt und die Chancen für eine Verbesserung des Aufwachsens junger Menschen zunehmend verschlechtert. Deshalb blicken viele junge Menschen heute pessimistisch in die Zukunft.

Politik mit und für junge Menschen erfordert neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Misere am Ausbildungsstellenmarkt auch eine nachhaltige Politik für Familien. Es ist nicht die Lebensform Familie, die an Bedeutung verliert, sondern es ist die Politik von Rot-Grün, die Familien immer mehr in die Bedeutungslosigkeit verbannt hat. Die Wahlfreiheit für Familien wurde unter Rot-Grün eingeschränkt und eine angemessene Förderung für Familien schrittweise zurückgefahren.

Mit der Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein einkommensabhängiges Elterngeld will Bundesfamilienministerin Schmidt vor allem die Erziehungsleistung von Gutverdienenden besser bezahlen und Geringverdiener mit einem niedrigen Sockelbetrag abspeisen.

Wenn die Erziehung und Betreuung der Eltern durch qualifizierte Betreuungsangebote ergänzt werden soll, ist die Sicherstellung einer verlässlichen Finanzierung eine wesentliche Voraussetzung. Hier hat Rot-Grün gänzlich versagt. Der von der Bundesregierung mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz vorgesehene Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen ist bis heute nicht finanziert. Länder und Kommunen warten vergebens auf die vom Bund dafür versprochenen Einsparungen aus Hartz IV.

Jetzt will Bundesfamilienministerin Schmidt als Bestandteil der Ganztagesangebote in Kindertageseinrichtungen Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Warum hat sie dieses Vorhaben nicht mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz direkt in Angriff genommen?

Maria Eichhorn

Ende Juli kündigte Renate Schmidt in der FTD an, dass sie auf die nächste Kindergelderhöhung verzichten will. Dies ist die klare Botschaft, dass sich die Bundesregierung von der Förderung für Familien verabschiedet.

Stattdessen strebt Renate Schmidt eine schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit der Kindergärten an. Damit verteilt Bundesfamilienministerin Schmidt ungedeckte Schecks für die Zukunft und betreibt Politik nach dem Motto: der Bund fordert, die Länder und Kommunen sollen zahlen. Die Gebührenfreiheit in Kindergärten liegt vor allem in der Verantwortung von Ländern und

Kommunen. Renate Schmidt kann daher die Gebührenfreiheit von Kindergärten in Deutschland nicht einführen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass die unionsregierten Bundesländer mit ihren Bildungs- und Erziehungsplänen seit Jahren auf dem richtigen Weg sind während die Bundesregierung vor allem mit Ankündigungen, Planungen, Versprechen und teuren Kampagnen glänzt und sich mit fremden Federn schmückt. Bundesfamilienministerin Schmidt sollte ehrlich Bilanz ziehen: Rot-Grün trägt seit sieben Jahren die Verantwortung für die katastrophale Lage von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Deutschland.

Maria Eichhorn ist die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ohne Wechsel kein Wachstum

Der neueste Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts bestätigt wieder einmal: Mit der amtierenden Bundesregierung kommt Deutschland nicht mehr aus der ökonomischen Abwärtsspirale heraus.

Dagmar Wöhrl

Die rot-grüne Konzeptionslosigkeit hinterlässt ihre Spuren nicht nur bei den Konsumenten und privaten Verbrauchern. Sie vermiest auch die Stimmung unter den Unternehmern dieses Landes und schwächt die Investitionsbereitschaft. Weniger Investitionen aber bedeuten weniger Wachstum, weniger Wohlstand und weniger Arbeitsplätze.

Das beste Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm für Deutschland wäre das baldige Aus von Schröder, Eichel und Clement. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Abhaltung von Neuwahlen macht den Weg dazu frei. Erst nach einem Regierungswechsel kommen wir aus dem Teufelskreis von anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit, stagnierendem Wirtschaftswachstum und einem am Rande des Bankrotts schlingernden Staatshaushalt heraus.

Dagmar Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Clements neueste Mogelpackung

Es ist gerade einmal eine Woche her, dass die vollmundigen Versprechen der Hartz-Kommission sich als leere Luftbuchungen erwiesen haben. Mit seinem Versprechen in der ZDF-Sendung WISO, den Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit in zwei Jahren „unter Null" zu bringen, verspricht der Bundeswirtschaftsminister erneut das Blaue vom Himmel.

Die Ankündigung, den Bundeszuschuss an die Bundesagentur in zwei Jahren unter Null zu fahren, ist angesichts der desolaten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Rot-Grün wieder einmal ein Wort ohne Substanz. Wir erleben hier Wolfgang Clement neueste Mogelpackung.

Gleichzeitig nimmt sich der Bundeswirtschaftsminister jetzt offenbar den Bundeskanzler zum Vorbild und versucht, sich mit falschen Zahlen durch das Land zu mogeln. Seine Aussage, die Jugendarbeitslo-

Ronald Pofalla

sigkeit sei seit dem Februar um 125.000 gesunken, ist schlicht falsch. Das belegen die amtlichen Zahlen der Bundesagentur aus Nürnberg. Bei den unter 20jährigen gab es saisonbedingt bis zum Juli sogar einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Anstatt permanent neue Wolkenkuckucksheime zu versprechen und sich Zahlen zu recht zubiegen, hätte der Bundeswirtschaftsminister gut daran getan, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben. Unser Land braucht keinen Ankündigungsminister, sondern einen Minister, der auch Taten folgen lässt.

Es ist an der Zeit, dass Fakten und Ehrlichkeit wieder Einzug in die Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums halten.

Ronald Pofalla ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

2005: Vierter Verstoß gegen Maastricht

3,6 Prozent gesamtstaatliches Defizit im 1. Halbjahr 2005 ist das Ergebnis mangelnder Konsolidierungsanstrengungen von Finanzminister Eichel. Damit wird es 2005 nicht mehr möglich sein, den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten.

Finanzminister Eichel ist der erste Finanzminister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der vier Mal hintereinander gegen das Grundgesetz verstößt und auch zum vierten Mal hintereinander europäisches Recht bricht.

Die Tatsache, dass das Defizit im Vorjahresvergleich um rd. 4 Mrd. € niedriger liegt, ist kein Erfolg. Es zeigt lediglich, dass der Verstoß etwas niedriger ausfällt als noch vor einem Jahr. Statt den Bundeshaushalt zu konsolidieren und die Ausgaben zurückzuführen, verharrt Bundesfinanzminister Eichel bewegungslos und apathisch.

Auch im Haushalt 2006, den das Bundeskabinett nur zur Kenntnis nehmen, aber nicht beschließen durfte, hat Finanzminister Eichel keinerlei Vorsorge getroffen, um den europäischen Stabilitätspakt wieder einzuhalten. Für

Michael Meister

den Haushalt 2007 konstatiert er lediglich einen strukturellen Handlungsbedarf in einer Höhe von 25 Mrd. € im Bundeshaushalt, ohne darzulegen, welche Maßnahmen er konkret ergreifen möchte.

Ein Bundesfinanzminister, dem die Bundesfinanzen und ihre Entwicklung egal sind, der resigniert hat vor der Konsolidierungsaufgabe, ist gescheitert. Deutschland braucht in dieser schwierigen Phase einen starken Finanzminister mit Visionen, der spart und gleichzeitig die richtigen Schwerpunkte setzt, um das wirtschaftliche Wachstum zu stärken. Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine wachstumsorientierte Politik sind zwei Seiten einer Medaille. Man muss nur volkswirtschaftlich und nicht buchhalterisch denken können, um dies zu verstehen.

Michael Meister ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

WERBEARTIKEL BTW 2005

T-Shirt „teAM Zukunft"
100% Baumwolle

Preis je Stück: **4,30 €**
Preis inkl. MwSt: 4,99 €

Damen T-Shirt
Figurbetonter Schnitt und halsferner Ausschnitt
Bestell-Nummern: **9231** – Größe S
9232 – Größe M
9233 – Größe L

Herren T-Shirt
Bestell-Nummern: **9234** – Größe L
9235 – Größe XL
9236 – Größe XXL

CAP „teAM Zukunft"
100% BW – Canvas mit 4-farbigem Logo-Druck, Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9230**
Preis je 5 Stück: **12,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nr.: **9230A** – Einzelverkauf
Preis je Stück: **3,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 3,48 €

Polo-Shirt „Deutschland"
100% Baumwolle, fein veredeltes Piquetgewebe, 3-farbiger Flaggenstick auf der Brust, Hemdkragen auf Steg, Knopfleiste mit 4 Knöpfen schließbar,offener Armabschluss und kleine Seitenschlitze

Preis je Stück: **14,50 €**
Preis inkl. MwSt: 16,82 €

Bestell-Nummern: **9223** – Größe M
9224 – Größe L
9225 – Größe XL
9226 – Größe XXL

T-Shirt „CDU"
100% Baumwolle

Preis je Stück: **5,20 €**
Preis inkl. MwSt: 6,32 €

Damen T-Shirt
Figurbetonter Schnitt und halsferner Ausschnitt
Bestell-Nummern: **9215** – Größe S
9216 – Größe M
9217 – Größe L

Herren T-Shirt
Bestell-Nummern: **9218** – Größe L
9219 – Größe XL
9220 – Größe XXL

CAP „Deutschland"
100% BW – Canvas mit 3-farbigem Flaggenstick
mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9222**
Preis je 5 Stück: **12,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A** – Einzelverkauf
Preis je Stück: **3,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 3,48 €

CAP „CDU"
100% BW – Canvas mit 2-farbigem Logo-Druck
mit Klettverschluss auf Kopfgröße verstellbar

Bestell-Nr.: **9221**
Preis je 5 Stück: **12,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9221A** – Einzelverkauf
Preis je Stück: **3,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 3,48 €

PIN „Deutschland"
Größe: 9 x 12 mm

Bestell-Nr.: **9227**
Preis je 100 Stück: **24,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 27,84 €

Der neueste Trend – Bekennen Sie Farbe!

Armband „Besser für die Menschen. CDU"
Das modische Armband aus Silikon zum überstreifen.

Bestell-Nr.: **9272**
Preis je 50 Stück: **18,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 20,88 €

Feuerzeug „CDU"

Bestell-Nr.: **9506**
Preis je 50 Stück: **27,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 31,32€

Jetzt wieder lieferbar!

Pflastermäppchen
„Trostpflaster für 7 Jahre Rot-Grün."

Bestell-Nr.: **9176**
Preis je 100 Stück: **26,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 30,16€

Leporello
„Freie Wahl für Familien"
Die Konzepte der CDU zur Familienpolitik.

Bestell-Nummer: **2184**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Frauen besser förden"
Die Konzepte der CDU zur Frauenpolitik.

Bestell-Nummer: **2273**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Mehr Verlässlichkeit"
Die Konzepte der CDU für eine moderne Seniorenpolitik.

Bestell-Nummer: **2275**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„In Sicherheit leben"
Die Konzepte der CDU zur Sicherheitspolitik.

Bestell-Nummer: **2276**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Bildung schafft Zukunft"
Die Konzepte der CDU zur Bildungspolitik.

Bestell-Nummer: **2274**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze"
Unsere Pläne zum Bürokratieabbau.

Bestell-Nummer: **2277**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Verantwortung für Europa und die Welt"
Die Konzepte der CDU zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Bestell-Nummer: **2185**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Leporello
„Vorfahrt für Arbeit"
Die Konzepte der CDU zur Arbeitsmarktpolitik.

Bestell-Nummer: **2271**
Preis je 100 Stück: **11,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,77 €

Broschüre
Dr. Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**
Preis je 100 Stück: **10,30 €**
Preis inkl. MwSt.: 11,02 €

Aktionszeitung
„Bundestagswahl 2005"

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je 250 Stück: **18,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 19,80 €

Argumentationskarten
31 Karten zu einem Block bebündelt

Bestell-Nummer: **2267**
Preis je 20 Blöcke: **24,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 25,68 €

Broschüre Aussiedler

Bestell-Nummer: **5173**
Preis je 50 Stück: **19,50 €**
Preis inkl. MwSt.: 20,07 €

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

„Wählen gehen!"

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.
„Jede Stimme zählt!"

Türanhänger „Wählen gehen! CDU"

Bestell-Nummer: **1609**
Preis je 200 Stück: **8,00 €**
Preis inkl. MwSt.: 9,28 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de